



AfD-Fraktion im Rat der Stadt Menden
Neumarkt 5
58706 Menden

Bürgermeisterin der Stadt Menden
Manuela Schmidt
Neumarkt 5
58706 Menden

Menden, 22.06.2026

Antrag der AfD-Fraktion:

„Stilllegung aller nicht mehr benötigten Flüchtlingsunterkünfte in Menden“

Situation:

am 06. Und 07. Juni 2026 sind im europäischen Parlament weitreichende Änderungen bzgl. europäischer Regelungen zur Einreise, zum Aufenthalt, zur Bearbeitung der Vorgänge sowie auch zu möglichen Verfahren bei Rückführungen und Abschiebungen von Flüchtlingen beschlossen worden.

Dies bedeutet nach Einschätzung der Europapolitiker als auch unserer Bundesregierung in der Zukunft weiter fallende Zahlen einreisender Flüchtlinge nach Deutschland sowie zugleich steigende Zahlen an Rückführungen. Zudem sind Zahlen in den letzten 12 bis 15 Monaten bereits nennenswert zurückgegangen.

Die Zahl der aktuell in Menden lebenden Flüchtlinge ist ebenfalls gesunken, so dass vorgesehene Unterkünfte bereits leer stehen. Mit den neuen Regelungen ist zu erwarten, dass auch die zukünftige Anzahl (Quote) für Menden weiter sinken wird.

Leere, lediglich vorgehaltene Unterkünfte belasten den Mendener Haushalt unnötig. Zur Größenordnung der Kosten verweisen wir auf eine gerade gestellte Anfrage unserer Fraktion.

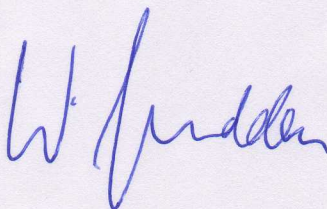
Antrag:

Zur Entlastung des Mendener Haushalts beantragt die AfD-Fraktion, sämtliche nicht mehr benötigte Flüchtlingsunterkünfte stillzulegen. Für diesen Zweck gemietetes Material ist zurückzugeben. Angemietete Wohnungen/Zimmer sind, sofern sie aktuell nicht mehr genutzt werden, zu kündigen. Angemietete Flächen z.B. für Container sind, sofern sie nicht im Besitz der Stadt Menden sind, ebenfalls zu kündigen. Beauftragte Sicherheitsdienstleistungen werden nicht verlängert.

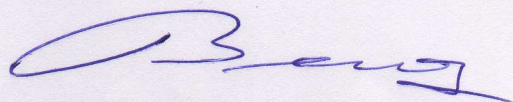
Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Menden beschließt den Auftrag an die Verwaltung, nach Bewertung und Beschlüssen in den Fachausschüssen, die derzeit nicht mehr benötigten Flüchtlingsunterkünfte kurzfristig und endgültig stillzulegen und nicht mehr weiter zu bewirtschaften. Mietverträge für Material und Räume werden zum nächstmöglichen Zeitpunkt gekündigt, ebenso werden Verträge mit Dienstleistungsunternehmen gekündigt bzw. nicht mehr verlängert. Dadurch eingesparte Mittel werden dem Haushalt zugeführt.

Mit freundlichen Grüßen



Wolfgang Grudda
AfD-Fraktionsvorsitzender



Ralf Berg
stv. AfD-Fraktionsvorsitzender